Feststellung gemäß § 5 UVPG
First Ammonia GmbH, Wilhelmshaven
Bekanntgabe des GAA Oldenburg v. 11. 7. 2022
— OL 22-042-01 —

Die First Ammonia GmbH, 10785 Berlin, Linkstr. 2, hat mit Schreiben vom 05.04.2022 die Erteilung eines Vorbescheides gemäß § 9 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur Herstellung von grünem Ammoniak mit einer Produktionskapazität von 110.000 t/a am Standort in 26388 Wilhelmshaven, Raffineriestr. 1, Gemarkung Rüstringen, Flur 35, Flurstück 1/41 beantragt.

Die beantragte Anlage besteht aus den folgenden wesentlichen Verfahren und Anlagenteilen:

- Elektrolyse zur Herstellung von Wasserstoff,
- Stickstoffgewinnung durch Druckwechseladsorption,
- Ammoniaksynthese mit einer Produktionskapazität von 110.000 t/a,
- Ammoniaklagerung in einem Tiefkalt-Lagertank mit einer Kapazität von 6.000 t,
- Elektroschaltheus,
- Kühlwassersystem und Nebenanlagen,
- neue Verladearme für die Schiffsverladung von tiefkaltem Ammoniak am vorhandenen Anleger der HES Wilhelmshaven Tank Terminal GmbH (HES) und für die Kesselwagenverladung von druckverflüssigtem Ammoniak im Bereich der vorhandenen Kesselwagenverladeeinrichtungen der HES,
- neue Rohrleitungstrasse für Ammoniak von der Ammoniakanlage zu den Verladeeinrichtungen für Kesselwagen und Schiffe,
- Not- und Betriebsfackelanlagen, Notstromaggregate und Verdunstungskühlanlagen.

In dem Vorbescheid soll abschließend darüber entschieden werden, ob die Anlage an dem beschriebenen Standort zulässig ist.

Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens ist gemäß § 7 Abs. 1 UVPG i. m. V. Nr. 4.2 und Nr. 9.3.2 der Anlage 1 UVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für das Vorhaben eine UVP-Pflicht nicht besteht.

Begründung:

Das geplante Vorhabenfläche liegt auf dem Werksgelände der HES im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 96 „Raffinerie Voslapper Groden“ der Stadt Wilhelmshaven und ist als Industriegebiet ausgewiesen. Konflikte mit planungsrechtlichen Vorgaben sind nicht erkennbar, insbesondere hinsichtlich der Inanspruchnahme von Boden und Fläche. Die Anlage fügt sich in das industriell geprägte Landschaftsbild ein.

Mit Blick auf die nördlich und südlich des geplanten Anlagenstandortes gelegenen Naturschutz- und EU-Vogelschutzgebiete „Voslapper Groden Nord“ und „Voslapper Groden Süd“ wurde eine gutachterliche Verträglichkeitsvoruntersuchung vorgelegt, die im Ergebnis erhebliche Beeinträchtigungen dieser Natura-2000-Gebiete durch das beantragte Vorhaben ausschließt. Insbesondere sind aufgrund der Kleinräumigkeit des Vorhabens, seiner Lage und der zeitlichen Begrenzung keine erheblichen nachteiligen Effekte durch die mit der Anlagenerrichtung verbundenen Rammarbeiten zu erwarten und die in der Betriebsphase von der Anlage ausgehenden Schallemissionen haben gemäß einer gutachterlichen Immissionsprognose keine nachteilige Veränderung der Schallimmissionssituation in den Schutzgebieten zur Folge.

Bezogen auf das Schutzgut Mensch erzeugt die geplante Anlage keine relevanten Schall- oder Geruchsimmissionen.

Im angestrebten bestimmungsgemäßen Betrieb ruft die Anlage keine Luftverunreinigungen hervor. Bei einem Ausfall der vorgesehenen Prozessgasverwertung als Heizgas durch die HES wird das Gas in der Tankfackel verbrannt, wobei Ammoniak und geringe Anteile an Stickstoffoxiden emittiert werden können. Im Übrigen entstehen Emissionen von Luftschadstoffen nur durch die Verbrennung von ammoniak- und wasserstoffhaltigem Gas bei Betriebsstörungen oder durch den Betrieb eines dieselbetriebenen Notstromaggregates. Die wertbestimmenden Brutvogelarten und die für sie wichtigen Habitate in den oben genannten Natur- und Vogelschutzgebieten sind nicht stickstoffempfindlich.

Die Ableitung und Behandlung von Prozess- und Oberflächenabwasser soll über das bestehende Abwassersystem der HES erfolgen und verhält sich mit Blick auf Menge und Abwassercharakteristik im Rahmen der bestehenden wasserrechtlichen Zulassungen der HES zur Einleitung in die Jade.

Die Anlage unterfällt aufgrund des vorgesehenen Inventars an Ammoniak als Betriebsbereich der oberen Klasse dem Anwendungsbereich der Störfallverordnung. Zur Verhinderung von Unfällen und zur Begrenzung ihrer Auswirkungen werden plausible technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Sicherheitstechnik vorgesehen. Nach Auswirkungsanalysen zu den einschlägigen Unfallszenarien für vernünftigerweise nicht auszuschließende sowie für vernünftigerweise auszuschließende Unfälle ist mit einer Gefährdung von Schutzobjekten im Sinne des § 3 Abs. 5d BImSchG nicht zu rechnen.

Auf der Vorhabenfläche selbst wurde ein im Normalfall geschütztes Biotop nach § 30 BNatSchG mit einer Größe von ca. 2 ha festgestellt, welches aber erst nach Inkrafttreten des Bebauungsplans entstanden ist. Der Bebauungsplan sieht die angestrebte industrielle Nutzung vor. Gemäß § 24 Abs. 1 NAGBNatSchG finden die Schutzbestimmungen in einem solchen Fall keine Anwendung. Im Übrigen ist die 5 ha große Vorhabenfläche bereits anthropogen überprägt.

Insgesamt ist nicht erkennbar, dass das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Diese Feststellung wird hiermit der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.